



Peter Weckmann MdL

Neues aus
dem Landtag
06/2014 - Juni/Juli

SPD



Peter Weckmann ... für den Essener Süden!

Aktuell:

- Referentenentwurf Kulturförderungsgesetz ... Seite 2
- Urteil zum Besoldungsgesetz ... Seite 3
- Transparenz bei Nebentätigkeiten ... Seite 3
- Landesmediengesetz beschlossen ... Seite 4
- Klare Absage an Fracking erneuert ... Seite 5
- Unterstützung für Jugend trainiert für Olympia ... Seite 5
- Jugendlandtag ... Seite 5
- Sturmschäden ... Seite 6
- Hochwasserschutz ... Seite 6
- Verfassungskommission ... Seite 7
- „OPAL“ ... Seite 7
- Besuch aus Heisingen ... Seite 8
- Ausstellung ... Seite 9
- Radweg Deilbach ... Seite 9
- Vor Ort ... Seite 10

Schöne Ferienzeit!

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde,

wie üblich nach einer Plenarwoche erhaltet Ihr meinen persönlichen Rückblick. Da die Plenartage im Juni und Juli sehr nah beieinander lagen, erhaltet Ihr nun einen gemeinsamen Rückblick auf die beiden Monate.

Das wohl einschneidendste Ereignis in dieser Zeit war das Tiefdruckgebiet Ela am Pfingstmontag, welches in einer halben Stunde eine Spur der Verwüstung hinterlassen hat. Ich hoffe, Ihr und Eure Familien seid mit dem Schrecken davon gekommen und falls nicht, dass es bei Sachschä-

den geblieben ist.

Einige von Euch werde ich noch bei Terminen in der nächsten Zeit sehen. Allen anderen wünsche ich an dieser Stelle schon einmal eine schöne Sommer- und Ferienzeit. Hoffentlich wird sich das Wetter weiter so sonnig wie in den letzten Tagen verhalten. Denjenigen, die die Ferien für einen Urlaub nutzen wünsche ich ein gute Zeit.

Ihr/Euer Peter Weckmann

Ausführliche Informationen zu den letzten Plenartagen gibt es im Newsletter unserer Landtagsfraktion:

- Anmeldung unter: www.spd-fraktion.landtag.nrw.de

Superwahlsonntag 2014 - Glückwunsch und Dank!

Besser spät als nie! An dieser Stelle möchte ich den fleißigen und unermüdlichen Wahlkämpfern der SPD Essen ganz herzlich für ihren Einsatz bei der Kommunal-, Europa- und Integrationsratswahl danken. Wir haben wieder mal gezeigt, dass Sozialdemokraten bis zur letzten Minute kämpfen und dass wir Wahlkampf können.

Gratulieren möchte ich allen gewählten Genossinnen und Genossen zu ihrem Einzug in Rat oder Bezirksvertretung. Für die nun vor Euch liegenden Aufgaben wünsche ich viel Erfolg und Durchhaltevermögen. Und auch

den Nichtgewählten meinen herzlichen Glückwunsch für einen engagierten Wahlkampf. Mit einem hervorragenden Europawahlergebnis in Essen haben wir mit Jens Geier auch wieder einen direkten Vertreter in Straßburg und Brüssel. Herzlichen Glückwunsch!

Die dritte Wahl, die am 25. Mai stattfand, war die des Integrationsrates. Auch hier mein Dank an die Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer. Die Anstrengungen haben sich ausgezahlt, die SPD hat mit 16,4% das beste Ergebnis aller angetretenen Wahllisten „eingefahren“.

Referentenentwurf für ein Kulturförderungsgesetz liegt vor



Am 14. Mai hat die Landesregierung - als erstes Bundesland überhaupt - einen Entwurf für ein Kulturförderungsgesetz NRW vorgelegt, der nun mit den beteiligten Verbänden diskutiert wird. Am 3. Juni gab es hierzu einen gut besuchten Landtagstalk von SPD und den Grünen im Landtag, bei dem Ute Schäfer die Ziele und wesentlichen Punkte des Entwurfs vorstellte.

Die Landesregierung kann zwar aus verfassungsrechtlichen Gründen die Kultur nicht zur Pflichtaufgabe erklären - mit dem Kulturförderungsgesetz bekommt aber Kultur künftig politisch ein größeres Gewicht und wird in einen verlässlichen Rahmen gestellt, der zur besseren Planbarkeit beiträgt. Fünf-Jahrespläne für die jeweilige Legislaturperiode, ein Landeskulturbericht und eine intensive Zusammenarbeit von Kommunen und Land werden dazu beitragen.

Das Gesetz soll den Kulturschaffenden des Landes mehr Klarheit bringen. Nüchtern und kompakt wird zusammengefasst, was eine Landeskulturförderung ausmacht.

Es geht darum, den Kommunen bei Streichvorschlägen der Kämmerer einen besseren Stand zu geben und auch dann Kontinuität zu sichern, wenn eine Kommune unter Kommunalaufsicht gestellt wird. Dabei sollen Kommunen in der Haushaltssicherung Fördervereinbarungen angeboten werden, um vorhandene Kultureinrichtungen zu stützen. Bei der

Aufstellung des Haushaltssicherungskonzeptes können diese als „rechtsverbindliche Leistungspflichten der Kommunen“ behandelt werden.

Die Kulturförderung wird stärker an den kulturellen Bildungsauftrag gebunden. Kulturelle Bildung soll fest verankert werden – pädagogische Maßnahmen in Museen und Theatern. Einen Schwerpunkt bildet die Förderung der Bibliotheken mit zukünftig einer zentralen Bibliotheksberatung in einer landesweiten Bibliotheksfachstelle.

Im Sinne einer Entbürokratisierung soll das oft komplizierte Antragswesen vereinfacht werden, indem die Verwaltungsrichtlinien angepasst werden. Dabei ist konkret vorgesehen:

- die Anerkennung von Overheadkosten als zwendungsfähig, wenn sie einem konkreten Projekt zugeordnet werden können
- Festbetragsförderungen bis zu bestimmten Höchstbeträgen als Regelfall - davon profitiert die freie Kunst- und Kulturszene
- Anerkennung von Sponsorenmitteln als Eigenanteil
- vereinfachte Verwendungsnachweise
- Informationsveranstaltungen der Bezirksregierungen für die Kulturschaffenden



Weitere Informationen zum Thema und Referentenentwurf

- www.peter-weckmann.de oder [direkt hier klicken](#)
[Direkt zum Referentenentwurf](#)

Urteil des Verfassungsgerichtshofes zum Besoldungsgesetz

Am 2. Juli wurde im Plenum lange über die Anpassung der Beamtenbesoldungen diskutiert, nachdem am Vortag das Landesverfassungsgericht das Besoldungsgesetz aus 2013 der rot-grünen Regierungskoalition verworfen hatte.

Angesichts der Notwendigkeit, die Schuldenbremse in 2020 einzuhalten, und der Begrenztheit des Landeshaushalts hatten wir keine komplette Übernahme des Tarifabschlusses von 5,6 % für die Jahre 2013/2014 vorgesehen, sondern eine soziale Staffelung bei der Übertragung auf die Beamtinnen und Beamten beschlossen. Unser Ziel war es, zumindest für die unteren und mittleren Gehaltsgruppen die volle Lohn- und Gehaltserhöhung des Tarifabschlusses zu übernehmen und dadurch die Landesbediensteten je nach finanzieller Stärke an den Sparbemühungen des Landes zu beteiligen: Nach dem Prinzip „Starke Schultern können mehr tragen als schwache“.

Diese soziale Staffelung und die damit verbundene Nullrunde für besserverdienende Beamtinnen und Beamten der Besoldungsgruppen ab A 13 hat der NRW-Verfassungsgerichtshof kritisiert.

Das Verfassungsgericht hat dem Gesetzgeber auferlegt, die Übertragung des Tarifabschlusses 2013/14

gesetzlich neu zu regeln. Das Gericht räumt dabei einen großen Gestaltungsspielraum ein, auch Schuldenbremse und schwierige Haushaltslage dürfen Berücksichtigung finden.

Es hat eingeräumt, dass ein Abschluss nicht 1:1 übernommen werden muss. Auch eine Staffelung an sich ist nicht ausgeschlossen, solange für einen gleitenden Übergang gesorgt ist. Nullrunden allerdings wurden kritisch bewertet, da die Betroffenen damit von der allgemeinen Lohnentwicklung abgekoppelt würden.

Fest steht aber schon jetzt und das haben Norbert Walter-Borjans und Hannelore Kraft in der Debatte bekräftigt: Es wird bei der vollen Übernahme für die unteren Einkommensgruppen bis A 10 bleiben. Die Leitplanken, die das Verfassungsgericht aufgezeigt hat, werden wir sehr ernst nehmen und bis Ende 2014 ein verfassungskonformes Gesetz vorlegen und beschließen. Gemeinsam mit den Gewerkschaften und den Vertreterinnen und Vertretern der Beamtinnen und Beamten werden wir über die Konsequenzen aus dem Urteil reden und dessen Folgen für die weitere Entwicklung des Personaletats des Landes, der immerhin 43% ausmacht, beraten.

NRW schafft mehr Transparenz bei Nebentätigkeiten

Die Landtagsfraktionen von SPD, GRÜNEN, CDU und FDP haben am 24. Juni Änderungen im Abgeordnetengesetz beschlossen und damit mehr Transparenz bei den Nebentätigkeiten der Abgeordneten geschaffen:

- Einkünfte müssen veröffentlicht werden, wenn sie eine Bagatellgrenze von 5% der Abgeordnetenbezüge übersteigen (derzeit sind das 536 € im Monat)
- Einkünfte aus abhängiger, selbständiger oder freiberuflicher Tätigkeit müssen jährlich brutto vor Steuern in Stufen angegeben werden. Die Stufen beginnen bei 1.000 €. Weitere Stufen: 10.000 €,

20.000 €, 40.000 €, 60.000 € und dann in Schritten von jeweils 30.000 € nach oben gegen Unendlich

- Einkünfte aus unregelmäßigen Tätigkeiten, aus Tätigkeiten in Aufsichtsgremien sowie aus Berater-tätigkeiten und Honoraren sind auf Euro und Cent monatlich brutto anzugeben

- Mandanten- und Patientenschutz bleibt gewahrt, da z.B. Ärzte und Rechtsanwälte alle Honorare über 2.000 € veröffentlichen müssen, aber ohne Nennung der Mandanten

Außerdem wurde geregelt, dass die Beschäftigungen von Verwandten von Abgeordneten bis zum dritten Verwandtschaftsgrad untersagt sind.

Modernes und zukunftsfähiges Landesmediengesetz beschlossen

Am 3. Juli hat der Landtag in dritter Lesung das „Gesetz zur Änderung des Landesmediengesetzes Nordrhein-Westfalen und des Telemedienzuständigkeitsgesetzes - 14. Rundfunkänderungsgesetz“ beschlossen.

Mit der Novelle wird die Medienaufsicht gestärkt, die Vielfalt und Unabhängigkeit der Medien insbesondere auf lokaler und regionaler Ebene gefördert und partizipative Elemente werden verbessert.

Bereits in der öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Kultur und Medien am 8. Mai zum Entwurf des Gesetzes wurde deutlich, dass durch die Gesetzesnovelle aktuelle Bedarfe aufgegriffen und Lösungsansätze für die verschiedenen Interessengruppen angeboten werden. Die wesentlichen Anregungen, Anforderungen und Empfehlungen aus der Anhörung sowie das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zum ZDF-Staatsvertrag hat die rot-grüne Koalition in ihrem Änderungsantrag aufgegriffen. Dies sind unter anderem: Plurale Zusammensetzung der Medienkommission, Größere Unabhängigkeit der Medienkommission durch ein offenes Bewerbungsverfahren für Verbände, nicht-öffentliche Einrichtungen und einzelne Bewerber, transparentere Arbeit der Medienkommission beispielsweise durch die Veröffentlichung wesentlicher Dokumente, Beschlüsse und Informationen (auch über das Internet) und generell öffentliche Sitzungen.

Das Bundesverfassungsgericht hatte in seinem Urteil eine deutliche Beschränkung des Einflusses der Politik auf Aufsichtsgremien verlangt. Deshalb sollen der künftig 41köpfigen Medienkommission, dem wichtigsten Gremium der Landesanstalt für Medien, lediglich acht vom Landtag entsandte Mitglieder angehören. Auch für Programmbeiräte und Veranstaltergemeinschaften der Rundfunksender sieht die Gesetzesnovelle diese Staatsferne vor.

Gänzlich neu ist die „Stiftung für Vielfalt und Partizipation“ zur Förderung des lokalen Journalismus. Sie

soll als eigenständige Gesellschaft des Privatrechts von der Landesanstalt für Medien gegründet werden und Dritten ausdrücklich offen stehen. Diese Stiftung soll der schwindenden Vielfalt auf den regionalen Medienmärkten entgegenwirken. Der lokale und regionale Journalismus soll im Rahmen der Stiftungsarbeit analysiert werden, um Ursachen, Wirkung und mögliche Folgen zu evaluieren und Handlungsempfehlungen abzuleiten.

Die Schaffung und Förderung von Vielfalt ist die eine Seite der Medaille, die Inhalte müssen jedoch auch den Weg zum Konsumenten finden. Hier ist die Netzneutralität ein Schlüsselbaustein. Netzneutralität bedeutet die Gleichbehandlung der Daten, die über das Internet übertragen werden. Der nordrhein-westfälische Landtag hat sich wiederholt für die Sicherstellung der Netzneutralität ausgesprochen. Das ist ein klarer Handlungsauftrag für die Landesanstalt für Medien, die Netzneutralität zu wahren und den hierfür notwendigen Kontakt mit den zuständigen Stellen auf Bundes- und Europalebene aufzunehmen.

Im rot-grünen Änderungsantrag wurde insbesondere der Bürgerfunk aufgewertet. Die Bürgerinnen und Bürger sollen aktiv an der Medienproduktion beteiligt werden. Ihnen sollen verschiedene publizistische Verbreitungs Kanäle zugänglich sein. Damit setzen wir einen wichtigen Punkt aus dem Koalitionsvertrag um: Zur Partizipation und Vielfaltserweiterung gehören in NRW die Bürgermedien, wir wollen sie stärken und die Teilhabemöglichkeiten verbessern.

Mal wieder können wir sagen:
versprochen - gehalten!

Weitere Informationen zur Novelle Landesmediengesetz

- www.landtag.nrw.de
[direkt zum Gesetzentwurf](#)
[direkt zu den Stellungnahmen](#)
[direkt zum Protokoll der Anhörung](#)
[direkt zur Beschlussempfehlung des Ausschusses](#)
[direkt zum Änderungsantrag von SPD und GRÜNEN](#)

Klare Absage an Fracking erneuert - Gespräche mit den Niederlanden

Eigentlich war Fracking in NRW kein Thema mehr - die rot-grüne Landesregierung hat im September 2012 ein Moratorium für die Förderung von Erdgas aus unkonventionellen Lagerstätten mit Hilfe der Fracking-Technologie beschlossen. Und zwar solange, wie ein Risiko für Natur und Mensch nicht ausgeschlossen werden kann.

Nun erwägt jedoch die niederländische Regierung, Fracking an der Grenze zu Deutschland zu genehmigen. Dazu wird momentan eine strategische Um-

weltprüfung durchgeführt, an welcher sich aufgrund der Betroffenheit auch Bürgerinnen und Bürger, Kommunen aus NRW sowie das Land NRW beteiligen können. Trinkwasser macht an Landesgrenzen nicht halt, also heißt es wachsam zu sein. Deshalb hat der Landtag im Juni die Landesregierung beauftragt, mit den Niederlanden das Gespräch zu suchen und die Besorgnisse und Bedenken aus NRW bezüglich Fracking deutlich zu machen und letztendlich für einen Schutz unseres Wassers zu sorgen.

Unterstützung für Jugend trainiert für Olympia und Paralympics

Die Sportveranstaltung „Jugend trainiert für Olympia“ und „Jugend trainiert für Paralympics“ stellt eine wichtige Stütze des Schul- und Leistungssports dar. Das Bundesfinale der Wettkämpfe wird gemeinschaftlich durch Bund und Länder finanziert. Ursprünglich sah der Haushaltsentwurf der Bundesregierung eine Kürzung des Zuschusses 2014 um 50% und ab 2015 eine vollständige Einstellung vor. Das wäre gleichbedeutend mit dem Ende der Veranstaltung gewesen. Hiergegen richtete sich eine Bun-

desratsinitiative, die die Kürzungen zurücknehmen und die Finanzierung über das Jahr 2014 hinaus sicherstellen sollte.

Diese Initiative hat der Landtag im Juni in einem Antrag von SPD und Grünen eindeutig begrüßt und nochmals die Bedeutung der beiden Wettkämpfe für den Spitzensport hervorgehoben. Und siehe da: Einen Tag nach Beschlussfassung im Landtag bekamen wir die gute Nachricht aus Berlin, dass die Finanzierung weitergeführt wird.

Jugendlandtag - Kettwigerin übernimmt meinen Platz im Plenum

Vom 4. bis 6. September 2014 nehmen wieder 237 Jugendliche auf den Plätzen der Abgeordneten im Plenarsaal Platz. Im Rahmen des sechsten Jugendlandtags durfte wieder jeder Abgeordnete eine „Vertretung“ aus seinem Wahlkreis benennen, die mit anderen Jugendlichen aktuelle Themen debattiert. Mit den Ergebnissen befassen sich dann auch die Fachausschüsse des „echten“ Landtags.



Bei den vielen guten Bewerberinnen und Bewerbern fiel mir die Auswahl gewohnt schwer. Überzeugt hat mich letztendlich Iris Abendroth aus Kettwig mit ihrer „Bewerbung“: „Bei dem Jugendlandtag 2014 möchte ich gerne mitmachen, weil ich so die Möglichkeit habe, wirklich aktiv die Politik in NRW mitzugestalten, vor allem da mich viele Themen noch lange direkt betreffen werden.“ Eine Gelegenheit zu einem persönlichen Gespräch hat sich bereits im Landtag ergeben.

Wie auch schon bei den letzten Jugendlandtagen habe ich alle nicht berücksichtigten Bewerberinnen und Bewerber eingeladen, am Rande eines Plenartages einmal den Landtag und politische Abläufe kennenzulernen.

Weitere Informationen zum Jugendlandtag und Rückblicke

- www.landtag.nrw.de oder [direkt hier klicken](#)

Hilfe für sturmgeschädigte Kommunen

Das Tiefdruckgebiet Ela hat in der Nacht vom 9. auf den 10. Juni vorher nicht vorstellbare Schäden - insbesondere in Essen - hinterlassen. Umgestürzte Bäume, zertrümmerte Autos, Baumstümpfe, kaputte Hausdächer und Schneisen in Wäldern werden noch lange das Stadtbild prägen. Ich hoffe, dass es Euch alle nicht allzu hart erwischt hat, dass ihr mit einem kleinen Schrecken und Sachschäden davon gekommen und ansonsten unversehrt seid.

Persönlich beeindruckt hat mich das unermüdliche Wirken der Rettungs- und Katastropheneinsatzkräfte, aber auch das Engagement, welches die Bürgerinnen und Bürger vor Ihrer Haustür und vor der ihrer Nachbarn an den Tag gelegt haben, um die Schäden zu beseitigen. Ein unglaubliches Beispiel für das Funktionieren unserer Zivilgesellschaft. Das macht mich stolz auf die Menschen in unserer Stadt. Ich möchte allen Helfern - seien es Ehrenamtliche oder Hauptamtliche - ganz herzlich hierfür danken!

Bei aller Tatkraft werden für die Wiederaufbauarbeiten jedoch auch erhebliche finanzielle Mittel benö-

tigt. Mittel, die unsere notleidenden Kommunen nicht alleine aufbringen können. Deshalb hat die Stadt Essen auch die Landesregierung und die Essener Landtagsabgeordneten um Unterstützung gebeten. Ich freue mich sehr, dass bereits einen Tag nach Eingang des Schreibens rot-grün in Düsseldorf eine Unterstützung des Landes zusagen konnten. In welcher Höhe und Form genau, wird sich nach Gesprächen zwischen dem Ministerium für Inneres und Kommunales und Vertretern der am Stärksten betroffenen Kommunen klären.



Update zum Hochwasserschutz am Baldeneysee

Ein wenig ruhig ist es um das Thema „Hochwasserschutz am Baldeneysee“ geworden. Anfang April wurde die Absicht der Bezirksregierung öffentlich, im Rahmen einer Verordnung Teile des Baldeneyseeufers als Überschwemmungsgebiete auszuweisen. Aufgeschreckt hat hierbei insbesondere die eingeschränkte Nutzungsmöglichkeit der betroffenen Areale.

Da die Bezirksregierung es versäumt hatte, den Ruhrverband um eine Eingabe zu ersuchen, hatte dieser nachträglich bis Ende Juni 2014 Gelegenheit zu einer Eingabe. Den Ablauf der Frist nahm ich zum Anlass, beim Vorstandsvorsitzenden des Ruhrverbandes, Prof. Dr. -Ing. Harro Bode, nachzuhaken. In dem Gespräch teilte Herr Bode mir mit, dass die Eingabe durch den Geschäftsbereichsleiter

„Talsperren“, Herrn Klein, verfasst wurde. Dieser wird mich in der nächsten Woche anrufen, um mir ausführlich einen aktuellen Sachstand zu geben. Informationen aus diesem Gespräch finden sich dann im nächsten Newsletter.



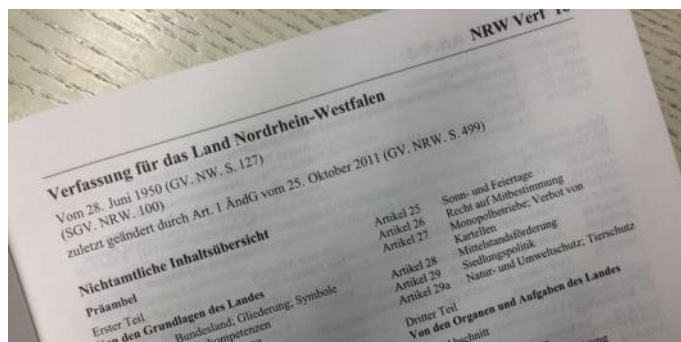
Verfassungskommission 2.0 - Beteiligung erwünscht!

Erstmalig nach 60 Jahren hat der Landtag eine Kommission zur Überarbeitung der Verfassung eingesetzt. Zwar gab es auch vorher schon einzelne Änderungen des Textes, aber nie eine grundsätzliche Überprüfung. Die Überprüfung bezieht sich auf den dritten Teil der Verfassung, welcher „Von den Organen und Aufgaben des Landes“ überschrieben ist.

Im Jahr 2014 stehen die Schwerpunkte „Parlamentarismus und Landesregierung“ (z.B. vorzeitige Beendigung einer Wahlperiode, Funktion der parlamentarischen Opposition, Stärkung der Abgeordnetenrechte) sowie „Partizipation“ (z.B. Absenkung des Wahlalters, Durchführung von Volksinitiativen, Volksbegehren, Volksentscheiden, Beteiligung von hier lebenden Menschen aus anderen EU-Staaten) auf der Tagesordnung.

Im Jahr 2015 stehen die „Schuldenbremse“ (z.B. ob die Schuldenbremse ab 2020 in der Verfassung verankert werden muss oder welche Sanktionsmöglich-

lichkeiten denkbar sind) und die „Kommunen und der Verfassungsgerichtshof“ (z.B. kommunale Selbstverwaltung, zukünftige Rolle des Verfassungsgerichtshofes) im Fokus. Darüber hinaus soll ein Vorschlag erarbeitet werden, wie die Bürgerinnen und Bürger über die „neue“ Verfassung abstimmen sollen. Bürgerbeteiligung ist erwünscht - Anregungen und Vorschläge zur Änderung der Verfassung oder Stellungnahmen zu Ideen der Kommission bitte an verfassungskommission@landtag.nrw.de oder an Landtag NRW, Verfassungskommission, Postfach 101143, 40002 Düsseldorf senden.



„OPAL“ für alle - Informationsservice des Landtages NRW

Zur Verringerung der Dokumentenflut im Landtag wurde vor einiger Zeit der elektronische Dokumentenservice des Landesparlaments eingeführt. Zuvor bekam jeder Abgeordnete nahezu alle Parlamentspapiere ausgedruckt in sein Postfach gelegt, unabhängig von der Mitgliedschaft in Fachausschüssen und Schwerpunktgebieten. Folge war eine tägliche Flut von nicht benötigten Dokumenten, die in der Folge dann auch - oftmals ungelesen - in den Papierkorb wanderten. Ökologisch eine absolute Verschwendung von Ressourcen.

Deshalb wurde der elektronische Dokumentenservice für Abgeordnete und Mitarbeiter im Landtag eingeführt. Hier wird man über die neu erschienenen Dokumente aus selbst ausgewählten Fachgebieten per Email informiert - je nach persönlicher Vorliebe zwischen ein und viermal am Tag. Alle neuen Parlamentspapiere aus der Datenbank werden

sofort in der Benachrichtigung berücksichtigt. Damit das Postfach nicht überquillt, werden nicht alle Dokumente an die Mail angehängt, sondern lediglich ein Link zu dem Dokument. Dieser Service ist also auch gut für die papierlose Lektüre am PC, Tablet oder Smartphone.

Nachdem das System einige Zeit hausintern genutzt und getestet wurde, steht es nun auch allen Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung, die sich schnell und problemlos - themenspezifisch oder ganz allgemein - über die aktuelle Politik im Landtag informieren wollen. Eine Anmeldung ist problemlos auf der Homepage des Landtags möglich.

Zur Anmeldung bei „OPAL“:

- www.landtag.nrw.de -> „Aktuelles & Presse“ -> „Dokumenten-Aboservice“

oder [direkt hier klicken](#)

Besuch aus Heisingen - AWO Mitglieder im Landtag

50 Mitglieder der AWO Heisingen haben mich am Mittwoch im Landtag besucht, um sich vor Ort in Düsseldorf ein Bild von der Landespolitik und den aktuellen Diskussionen zu machen.

Spannende Themen konnten sie auf der Tribüne miterleben: einen Teil der Debatte zur Beamtenbeholdung und dem Verfassungsgerichtsurteil des Vortages dazu und den Beginn einer Debatte über salafistische Bewegungen in Nordrhein-Westfalen. Beide Themen führten auch zu einem regen Meinungsaustausch im anschließenden Gespräch mit mir.

Was das für Jugendliche seien, die sich den Salafisten anschließen - diese Frage, so bemerkte einer der Gäste, sei ihm in der Debatte zu kurz gekommen. Das seien ja wohl junge Menschen, die für sich keine Perspektive sähen.

In der Tat legen die Fakten dar, dass es sich um junge Menschen aus durchaus intakten Elternhäusern

handelt, die häufig auch keine schlechten Schüler sind, sich jedoch nicht ernst genommen und zu wenig beachtet fühlen. In salafistischen Bewegungen wird ihnen auf geschickte Weise das Gefühl vermittelt, etwas Besonderes zu sein. Eine Besucherin drückte den Wunsch aus, dass bitte alle Parteien im Landtag an einem Strang ziehen mögen, diesen Entwicklungen entgegenzutreten.

Die Rolle von Familie, Elternhaus und Schule bei der Erziehung von Kindern - denen es heutzutage häufig an Respekt fehle - nahm in der Diskussion breiten Raum ein. „In der Familie fängt alles an“, brachte es einer auf den Punkt. „Das sind so Themen, da weiß jeder von uns etwas dazu zu sagen. Aber der Haushalt des Landes - das geht mir am Popo vorbei.“

Nach dem gemeinsamen Foto vor dem Landtag zogen die Heisingerinnen und Heisinger bei schönstem Wetter weiter in die Düsseldorfer Altstadt und wünschten mir noch einen schönen Arbeitstag.



„ich bin ich - Ich zeige mich, wie ich bin“ - Ausstellung im Landtag



Im monatlichen Wechsel finden im Foyer der SPD-Landtagsfraktion verschiedene Ausstellungen statt. Die SPD-Abgeordneten können hierzu Vorschläge machen. Ich habe bereits 2012 das Projekt „ich bin ich“ der Comenius Schule vorgeschlagen.

Die Comenius Schule - Förderschule mit dem Schwerpunkt Geistige Entwicklung - aus Burgaltdorf ist mit dem Foto-Kunst-Projekt „ich bin ich“ auf

Tour. Für das Projekt hat sich zu Beginn des Schuljahres 2011/2012 jede/jeder der 120 Schülerinnen/Schüler individuell auf einem Portrait - angefertigt vom Fotografen Andreas Teichmann- vorgestellt.

Bisher hat die Ausstellung in der Volkshochschule Essen, im Rathaus Essen und im Kunstmuseum Bochum Station gemacht. Nun wird vom 17. November bis zum 19. Dezember 2014 die Ausstellung im Foyer der SPD-Landtagsfraktion zu sehen sein.

Die Schulleiterin Frau Küpperfahrenberg war am 1.7. zur Vorbereitung im Landtag. Alles ist gerichtet! Die offizielle Ausstellungseröffnung findet am 18. November um 14.30 Uhr statt. Eine Einladung wird allen Newsletter-Beziehern zu gegebener Zeit zugehen.

Weitere Informationen zur Ausstellung:

- www.ich-bin-ich-comenius-schule-essen.de oder [direkt hier klicken](#)

Gute Nachrichten vom Ruhrverband - Radweg wird realisiert!

Bereits in den ersten beiden Newslettern diesen Jahres habe ich über die geplante Radwegeverbindung von Velbert-Nierenhof nach Essen-Kupferdreh berichtet. Einziges Problem hier ist eine Brücke über den Deilbach, die für Rad- und Fußgängerverkehr nicht zugelassen ist.

Der SPD-Ortsverein Kupferdreh und SPD-Ratsfraktion haben sich bereits früh für eine Realisierung des Radweges eingesetzt. Gemeinsam mit meinen Kollegen Rainer Bovermann aus Hattingen und Volker Münchow aus Velbert habe ich die Bemühungen der Genossinnen und Genossen vor Ort unterstützt und den Dialog mit dem Ruhrverband gesucht.

In einem Telefonat mit dem Geschäftsführer des Ruhrverbandes am Rande des Juliplenums konnte ich dann eine erfreuliche Mitteilung in Empfang

nehmen: Die Anstrengungen waren von Erfolg gekrönt, der Radweg wird realisiert. Die Einigung sieht vor, dass der Ruhrverband die Brücke so instandsetzen wird, dass sie dauerhaft sowohl als Betriebs- als auch als Radweg genutzt werden kann, während Grün & Gruga die Kosten für den Fahrbahnbelag und die Geländer übernimmt.

Einzig noch nicht geklärt sind die Instandhaltungskosten. Hier wird in den kommenden Wochen noch ein Aufteilungsmodus zwischen den Beteiligten gefunden werden.

Baubeginn soll im Frühjahr 2015 sein, eine offizielle Eröffnung des Radweges wäre somit Anfang 2016 möglich. Danke an alle Beteiligten!

Zur Pressemitteilung des Ruhrverbandes

- www.ruhrverband.de oder [direkt hier klicken](#)

Vor Ort: Mariengymnasium in Essen-Werden

Am 23. Mai habe ich gemeinsam mit meinem Landtagskollegen Volker Münchow aus Velbert das Mariengymnasium in Essen-Werden besucht, das bis 2010 ein reines Mädchengymnasium war, jetzt aber auch Jungen aufnimmt.

Die Schülerinnen und Schüler hatten uns eingeladen, um uns das Schulprojekt „Fair Trade“ vorzustellen. Ziel ist die Auszeichnung „Fairtrade-School“.

Hintergrund: Die Kampagne Fairtrade School wird organisiert von TransFair (Verein zur Förderung des Fairen Handels mit der „Dritten Welt“) und steht unter Schirmherrschaft der NRW Schulministerin Sylvia Löhrmann. Gefördert wird es von der Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen. Das Projekt soll Schulen die Möglichkeit geben, sich aktiv für eine bessere Welt einzusetzen und Verantwortung zu übernehmen. Der Kreativität und dem Ideenreichtum der Schülerinnen und Schüler sind hier keine Grenzen gesetzt.

Schulen müssen fünf Kriterien erfüllen, um die Auszeichnung zu erhalten:

1. Gründung eines Fairtrade-Schulteams bestehend aus Lehrerinnen, Lehrern, Schülerinnen, Schülern, Eltern sowie weiteren Interessierten.



2. Erstellung eines Fairtrade-Kompasses an der Schule, der von der Schuldirektorin/ von dem Schuldirektor unterzeichnet sein muss.
3. Verkauf und Verzehr von fair gehandelten Produkten an der Schule.
4. In mindestens zwei verschiedenen Klassenstufen oder Jahrgängen muss in mindestens zwei unterschiedlichen Fächern das Thema „Fairtrade“ im Unterricht behandelt werden.
5. Mindestens einmal im Schuljahr muss es eine Schulaktion zum Thema „Fairtrade“ geben.

Der Anfang wurde am Mariengymnasium vor einem Jahr mit dem Verkauf fair gehandelter Produkte wie Schokoriegel, Tee, Kaffee und ähnlichem im Schuliosk gemacht.

Ein zweiter Schritt war die Gründung eines Schulteams, welches weitere Aktionen plant. Und auch die weiteren Kriterien wurden nach und nach mit guter Unterstützung der Schulleiterin und des Lehrerkollegiums erfüllt.

Am 3. Juli war es dann soweit und die Anstrengungen wurde belohnt: Dem Mariengymnasium wurde als erstem Essener Gymnasium im feierlichen Rahmen das Fair-Trade-Siegel verliehen.

Gerne habe ich die Schülerinnen und Schüler zu einem Gegenbesuch in den Landtag eingeladen. Außerdem wollen Volker Münchow und ich uns bemühen, eine Ausstellung des Projektes im Foyer der SPD-Landtagsfraktion zu realisieren. Darüber hinaus wollen wir den Verkauf von Fair-Trade-Artikeln im Landtag prüfen lassen.

Weitere Informationen

- zum Mariengymnasium: www.marienschule-werden.de ([direkt hier klicken](#))
- zum Programm „Faire Schule“: www.fairtrade-schools.de ([direkt hier klicken](#))

So erreicht Ihr mich:

Peter Weckmann

Landtag NRW
Postfach 10 11 43
40001 Düsseldorf

Telefon (0211) 8842630
Telefax (0211) 8843064

peter.weckmann@landtag.nrw.de
www.peter-weckmann.de
www.facebook.com/peter.weckmann